

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Chancengleichheit bedeutet Niveausenkung. Nationalrat Lieni Füglistaller über das Prinzip Leistung und guten Unterricht.

Seite 4



Grossrätin Sabina Geissbühler über die Bedeutung der Erziehung und Förderung von Kindern.

Seite 6



Fraktionspräsident Caspar Baader: Stopp dem Chaos in der Schweizer Armee!

Seite 13

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 8/2008

Die Schüler aufs Leben vorbereiten

Nationalrat Toni Brunner S. 3

HarmoS entmündigt Eltern und Kinder – Erfahrungsbericht aus dem Kanton Luzern

Guido Luternauer S. 7

Bildungsresolution der SVP Schweiz, verabschiedet am Sonderparteitag in Sursee am 23. August 2008

S. 8

HarmoS ist nicht harmlos

Nationalrat Oskar Freysinger S. 10

Die vier Kernthemen der SVP

Interview mit alt Bundesrat Christoph Blocher S. 10

Was läuft schief in unserer Armee?

S. 14

Reklame

Für Ihre Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

SVP: Elternwerte und gute Bildung anstatt Staatskinder und Einheitsschule

Am Sonderparteitag der SVP in Sursee LU beauftragten die Delegierten die Parteileitung der SVP Schweiz mit der Ausarbeitung eines Bildungspapiers.

Nachdem es offenkundig ist, dass die Bildungstheorien der 68er versagt haben, fordert die SVP verbindliche Grundsätze zur Erziehung und Ausbildung. Zentral ist: Erziehung ist Aufgabe der Eltern, Ausbildung Sache der Schule. Das Leisten und Lernen gehört zum Leben. Nur so können wir die Qualitäten erhalten, welche die Schweiz reich und erfolgreich gemacht haben. Ehe wir aber die weitere Aufbauarbeit im Schulwesen anpacken können, müssen wir dort, wo noch möglich, HarmoS stoppen. Denn nur wenn wir verhindern, dass sich die gescheiterte linke Bildungsideologie in einem Konkordat und in dessen kantonalen Umsetzungsgesetzgebungen verfestigen kann, ist die Rückkehr zu einem Schulwesen möglich, welches den Kindern das Rüstzeug für ein Leben als selbstverantwortliche Bürger vermittelt.



Achtung, Beilage!

Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!

* Unterschreiben Sie die Volksinitiative
«Staatsverträge vors Volk»
(zusammen mit Ihren Angehörigen).

* Werfen Sie den ganz oder teilweise ausgefüllten
Unterschriftenbogen rasch in den Briefkasten!

Jede Unterschrift zählt. Besten Dank.



| | | |
|-------------|--|----------|
| Expl. | SVP-Fussball NEU | Fr. 25.– |
| Expl. | Cap «Swiss Look» NEU | Fr. 10.– |
| Expl. | SVP-Sitzungsmappe NEU | Fr. 49.– |
| Expl. | Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein | Fr. 50.– |
| Expl. | Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross | Fr. 50.– |
| Expl. | Seidenkrawatte SVP | Fr. 50.– |
| Expl. | SVP-Bonbons Blechdose | Fr. 5.– |
| Expl. | SVP-Feuerzeug | Fr. 5.– |
| Expl. | Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn! | Fr. 25.– |
| Expl. | Pin Schweizerkreuz | Fr. 7.– |
| Expl. | Pin SVP-Logo | Fr. 7.– |
| Expl. | Pin «SVP Gold» | Fr. 7.– |
| Expl. | Post-it, Block à 50 Blatt | Fr. 2.– |
| Expl. | Offiziersmesser, Original-Victorinox | Fr. 20.– |
| Expl. | Kleber, Bogen à 27 Kleber | Fr. 5.– |
| Expl. | Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer | Fr. 3.– |
| Expl. | SVP-Ballone, Sack à 50 Stück | Fr. 33.– |
| Expl. | Kugelschreiber | Fr. 2.50 |

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 x / Jahr

Chefredaktor: Markus Zollinger

Inserate: Markus Zollinger

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch



STIFTUNG
 FÜR BÜRGERLICHE
 POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Silvia Bär, Generalsekretärin SVP Schweiz ad interim, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Die Schüler aufs Leben vorbereiten!

Erziehung, Bildung, Schulwesen – die Verunsicherung ist gross. Der Staat will neue Kompetenzen, nimmt aber gleichzeitig seine ursprünglichen Aufgaben nicht mehr richtig wahr: Da versuchen Bildungstheoretiker mit dem Vereinheitlichungsprojekt HarmoS den Handlungsspielraum der Kantone einzuschränken und die frühe Kindheit zu verstaatlichen. Andererseits wird dann aber die öffentliche Aufgabe, wie sie in der schulischen Ausbildung der Kinder besteht, vernachlässigt und einer ideologischen Experimentierfreude geopfert.



Über alle Parteigrenzen hinweg sorgen sich Eltern darüber, was ihre Kinder in der Schule erleben, was sie lernen und was sie nicht lernen. Konzentrationsschwierigkeiten, Leistungsverweigerung, zuweilen Chaos in den Schulzimmern, Alkohol und Drogen auf dem Schulareal, Gewalt auf dem Pausenplatz – wer diese bedenklichen Entwicklungen ignoriert, der lässt die Kleinsten und Schwächsten der Gesellschaft im Stich.

Schöne Worte linker Kuschelpädagogen helfen da nicht weiter. Die Folgen sind verhängnisvoll. Zuerst

einmal für die Kinder, die nicht mehr darauf vorbereitet werden, dereinst ihr Leben anständig und erfolgreich zu bewältigen. Dann aber für die ganze Schweiz, für uns alle. Wie sollen Wirtschaft und Gesellschaft noch funktionieren, wenn in der Schule keine Regeln durchgesetzt und keine Leistungen gefordert werden; wenn alles nur Spiel und Spass sein soll?

Die Missstände sind zu beheben. Jetzt geht die SVP voran: Kürzlich haben sich in Sursee Delegierte der Partei, Mitglieder und Betroffene zu einem Sonderparteitag versammelt. In einer eingehenden Diskussion

wurden Erfahrungen ausgetauscht und Ideen zusammengetragen. Am Schluss wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Stossrichtung für das weitere Vorgehen unserer Partei festgelegt wurde. Fussend auf neun Punkten, so lautet der Auftrag an die Parteileitung, werden nun detaillierte Positionen zur Schul- und Bildungspolitik ausgearbeitet. Zuerst gehen wir die Primarschule an. Denn hier werden schulisch die ersten wichtigen Weichen gestellt.

Ehe wir aber die weitere Aufbauarbeit im Schulwesen anpacken können, müssen wir dort wo noch möglich – eine vordringliche Sofortmassnahme! – HarmoS stoppen. Denn nur wenn wir verhindern, dass sich die gescheiterte linke Bildungsideologie in einem Konkordat und in dessen kantonalen Umsetzungsge- setzgebungen verfestigen kann, ist die Rückkehr zu einem Schulwesen möglich, welches den Kindern das Rüstzeug für ein Leben als selbstverantwortliche Bürger vermittelt.

Werbung



Haus der Freiheit

Urgemütliche Gaststube
Wein von SVP-Winzern
Schöne Gartenterrasse
Saal für Gesellschaften
Einfache Zimmer für Übernachtungen

Wir suchen ein Wirte-Paar

Unser Landgasthof ist gepflegt, freundlich und sauber. Er verkörpert urgemütliche einheimische Gastfreundschaft. Wir suchen nach Vereinbarung ein motiviertes Wirte-Paar als Geranten. Die Küche ist herausragend und geniesst bereits jetzt einen ausgezeichneten Ruf. Das Haus ist eng mit der SVP verbunden und es kommen Gäste aus der ganzen Schweiz. Sind Sie der perfekte Gastgeber der dem Haus den ganz besonderen Charme verleiht? Dann richten Sie ihre Bewerbung bitte an: Toni Brunner, Hundsrücken, 9642 Ebnat - Kappel

Anfahrt: Von Wattwil her die Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen und vor Krummenau links Richtung Bendel/Hemberg abbiegen. Dann geht's ca. 2 km den Berg hinauf. Der Landgasthof liegt an sonniger herrlicher Lage.

Hinweis: **Sonntagabend und Montag: Ruhetag**

info@hausderfreiheit.ch www.hausderfreiheit.ch
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

SVP-HIT

GUTSGHEIN

SVP Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR.50.-

pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Nationalrat Lieni Füglistaller, Rudolfstetten-Friedlisberg AG

Leistung als Prinzip auch in der Schule

1. Leistung – Definition des Begriffs

Je nachdem, in welchem Kontext wir den Begriff «Leistung» gebrauchen, hat dieser eine ganz unterschiedliche Bedeutung:

- **Physikalisch** wird «Leistung» als Quotient von Arbeit und dazu benötigter Zeit definiert,
- die **elektrische Leistung** – gemessen in Watt – ergibt sich rechnerisch aus der Formel «Spannung \times Strom»,
- im **Betrieb** versteht man unter «Leistung» den Ertrag körperlicher oder geistiger Arbeit im Verhältnis zum Arbeitsaufwand,
- **Spitzensportlerinnen** sowie **Nobelpreisträger** bekommen Auszeichnungen für besondere «Leistungen», Siege, Rekorde, Erfindungen oder Forschungsergebnisse.

In der Pädagogik gibt es keine einfache Formel für den komplexen Begriff «Leistung», denn bei der Bewertung schulischer Leistungen geht es zum einen um das Ergebnis einer Tätigkeit, ein **Produkt** im weitesten Sinne, dass Qualität an einem bestimmten Massstab gemessen wird, zum andern aber auch um den **Prozess**, den **Lern- und Aneignungsprozess**, eine geistige oder körperliche Tätigkeit, die eben mit einer gewissen Anstrengung verbunden ist. Und wenn nun wir Eltern, Lehrmeister oder unsere Lehrkräfte von unseren Kindern und Jugendlichen «Leistung» verlangen, dann tragen wir von **aussern** an sie bestimmte **Erwartungshaltungen** heran. Gleichzeitig ist es aber auch der Wunsch jedes Menschen – auch unserer Kinder –, **selbst** etwas herzustellen, zu bearbeiten, zu lernen, zu erreichen und dies mit Freude zu tun. Eine gelungene Leistung schafft dem Menschen Befriedigung, vermittelt Achtung und Anerkennung, stärkt Selbstbewusstsein und Identität.



Die ehemalige Kultusministerin von Baden-Württemberg, Dr. Annette Schavan, hat 2002 nach den Veröffentlichungen der Pisa-Resultate zum Bildungsgefälle in Deutschland gesagt:

«Leistung ist das Prinzip der Gerechtigkeit.» Oder wie sagen unsere Sprichwörter sehr treffend: «Ohne Fleiss keinen Preis» und «Übung macht den Meister». Und was heisst das auf die Schule, auf unsere Kinder und Jugendlichen bezogen?

2. Leistung dank gutem Unterricht

Um überhaupt gute Leistungen zu erreichen in der Schule, ist eigentlich vor allem eines wichtig: nämlich der gute Unterricht.

Gerade aus dieser Optik heraus kommt auch die Forderung von Pestalozzi:

«Eins ist noth, nemlich gute Schulmänner.» Und ich ergänze: gute Schulmänner und Schulfrauen!

Und da möchte ich ansetzen, eben ohne jegliche politische Ideologie: Um gute Leistungen zu erreichen, brauchen wir in der Schule die besten Lehrkräfte. Ich schliesse mich da auch Andreas Helmke, deutscher Er-

ziehungswissenschaftler an der Uni Koblenz-Landau, an, wenn er sagt: «Man kann vorzüglichen oder dilettantischen Unterricht in jeder beliebigen Schulform halten.» Also kommt es in jedem Fall auf die Lehrkräfte an. Helmke und sein Forschungsteam haben untersucht, was guten Unterricht eigentlich ausmacht. Und siehe da: Es gibt kein Patentrezept, um gute Schülerleistungen zu erhalten. Der leistungsfördernde Unterricht ist nach Helmke dadurch charakterisiert, dass die Lehrkraft hohe Anforderungen stellt, einen klaren und verständlichen Unterricht abhält, die Schüler individuell intensiv berät und unterstützt, Geduld hat bei langsamen Schülern, die Klasse effizient führt, mit Regeln und Verbindlichkeiten, sodass nur wenige Störungen und Unterbrechungen erfolgen. Damit bleibt eben mehr Zeit zum Lernen, zum Üben und auch zum permanenten Wiederholen.

Meiner Meinung nach ist das Generalistenprinzip, also das Klassenlehrerprinzip, an der Primarschule dem Fächerlehrerprinzip vorzuziehen. Wir tun deshalb gut daran, den gesellschaftlichen Stellenwert für unsere guten Lehrkräfte zu fördern. Wenn der Lehrberuf nicht mehr attraktiv ist, wenn wir nur noch demotivierte und schlechte Lehrkräfte haben, dann ist unsere Forderung nach der Leistungsschule reine Makulatur.

3. Leistungen messen – welche Leistung wird gefordert?

Der Bildungsrahmenartikel verpflichtet die Kantone, die Bildungsziele der einzelnen Stufen zu harmonisieren. Das bedeutet aber auch, diese Ziele zu messen. Die EDK hat 2005 vier wissenschaftliche Konsortien auf Mandatsbasis beauftragt, sogenannte Leistungsstandards für die

Fachbereiche Schulsprache, Landessprachen/Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften zu entwickeln. Mitte 2009 sollen damit die ersten Bildungsstandards für das Ende des 4., 8. und 11. Schuljahres (nach der neuen HarmoS-Zählung) durch die EDK verabschiedet und danach eingeführt werden. Es werden also die Schülerleistungen nach der 2. Klasse, nach Abschluss der Primarschule in der 6. Klasse sowie nach Abschluss der Oberstufe gemessen. Diese einheitlichen Massstäbe sollen jeweils schweizweit überprüft werden. Das tönt ja eigentlich gut und kommt unserer Forderung entgegen, nach Abschluss der Primarstufe eine Prüfung abzulegen über den Ausbildungsstand.

Die Bildungsstandards orientieren sich an den Bildungszielen und an der Konkretisierung des Lehrplans, welche letztlich in Kompetenzanforderungen münden. Oder anders gesagt, es wird festgelegt, welche minimalen Fähigkeiten oder Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der jeweiligen Bildungsstufe haben müssen.

Und nun stellt sich eigentlich die «Gretchenfrage»: Wer definiert das Kompetenzniveau, wer sagt, was für Anforderungen in den jeweiligen Stufen zu erreichen sind? Ist es beispielsweise die OECD, die jedenfalls im Bereich verschiedener Fächer im Rahmen von Pisa die Kompetenzen definiert hat? Werden diese Kompetenzen beispielsweise unserem System der dualen Berufsausbildung oder unserer Mehrsprachigkeit überhaupt gerecht?

Als Lehrmeister, und diese Erfahrung dürfte nicht neu sein, stelle ich einfach fest, dass wir fordern und verlangen müssen, dass die Grundfertigkeiten, also Lesen, Rechnen, Schreiben verbessert werden.

Es kann doch nicht sein, dass wir laufend mehr Mittel, monetäre und personelle, in die Bildung investieren, ohne damit das Niveau und die Leistung zu verbessern. Es kann doch nicht sein, dass die Lehrbetriebe den Auszubildenden beibringen müssen, wie beispielsweise der Sparrenabstand bei einem Dachstuhl zu berechnen ist, oder wie beispielsweise der «Pythagoras» funktioniert, um einen rechten Winkel zu definieren. Oder das Verstehen der deutschen Sprache. Man kann wohl lesen, versteht aber den Text eines Briefes nicht, um entsprechend Antwort zu geben, und das unabhängig von der sprachlichen Herkunft.

4. Niveausenkung und Chancengleichheit

Wir sollten hier ganz klare und unmissverständliche Forderungen an die Kompetenzen der Schulabgängerinnen und -abgänger stellen.

A. Keine Niveausenkung für künftige Absolventen einer Berufslehre

Dazu möchte ich ein konkretes Beispiel machen: Es macht meiner Meinung nach wenig Sinn, wenn unsere Kinder in der Volksschule nebst der Standardsprache zwei Fremdsprachen lernen, welche nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit bei der Hälfte aller Jugendlichen, das sind unsere Lehrlinge, keine Fortsetzung finden. Das wäre ja dann wirklich eine Fehlinvestition. Deshalb müsste eigentlich die Forderung lauten: Die Mehrsprachigkeit wird im Unterricht an den Berufsschulen weitergeführt,

um die erworbene Sprachkompetenz weiterzuentwickeln. Das kann durch zusätzliches Angebot erfolgen oder durch fächerübergreifenden, mehrsprachigen Unterricht.

B. Eine klar höhere Anforderung zur Erreichung einer Maturität

Die künftige gymnasiale Ausbildung muss eine dreisprachige Maturität vorsehen. Wenn schon die Wichtigkeit der Sprachkompetenz überall unbestritten ist und betont wird, wäre das nur konsequent. Mit kleinem finanziellem Aufwand könnte man das durchschnittliche Niveau im Bereich der Fremdsprachen anheben. Ich fordere also die trilinguale Maturität, durch immersiven Unterricht, also das Erteilen eines Faches wie z.B. Mathematik auf Englisch, um auch das Studium im Ausland, im entsprechenden Sprachgebiet, prüfungsfrei zu ermöglichen.

Um dieser gleichmachenden «harmonisierten» Volksschule entgegenzutreten, gilt es für die SVP, auch die freie Schulwahl genau zu prüfen. In einer solchen Schule würden nicht nur gleich gerichtete und ebenso harmonisierte Lehrkräfte mehr oder weniger lustvoll unterrichten, sondern dort würden dank Konkurrenzdenken und dem Ringen um den besten Schulstandort höhere Leistungen erzielt werden.

Es bleibt noch viel zu tun, also tun wir es.

Oder mit Pestalozzi: «Das Leben bildet, und das bildende Leben ist nicht Sache des Worts, es ist Sache der Tat, es ist Tatsache.»

Qualitäts-Treuhand

mit integrierter betriebswirtschaftlicher Beratung
Schnell – Kompetent – Kostengünstig

- **Komplette Buchführung auf Ihrem oder unserem System (Web-Treuhand)**
- **Teilzeit-CFO (Management auf Zeit)**
- **Trouble Shooting-Einsätze vor Ort (z.B. kurzfristiger Ersatz CFO/Projekte)**
- **Sanierungen/Umwandlungen/Liquidationen**
- **Betriebswirtschaftliche Beratung inkl. Steuerplanung**
- **Verwaltung STWEG**
- **Start-Up-Beratung inkl. Businessplan und Budget**

timeconsult

TT Timeconsult Treuhand AG
Zimikerried 20
8603 Schwerzenbach
www.timeconsult.ch

Standorte in Schwerzenbach ZH, Muri AG, Derendingen SO

Kontakt: **Christoph Lanker**
Präsident SVP Ortspartei Derendingen
052 213 96 10, christoph.lanker@timeconsult.ch

Akkura GmbH

Immobilien-Treuhand mit Herzblut



Mietliegenschaften
Stockwerkeigentum
Schätzungen
Beratungen

Wir nehmen uns Zeit für Sie
persönliche Betreuung durch
Eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder
Immobilienverwalter mit eidg. FA

Schulhausstr. 7, 5612 Villmergen T: 056 610 10 92 www.akkura.ch

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noserslight.ch, www.noserslight.ch

Sabina Geissbühler-Strupler, Grossrätin, begeisterte Mutter, Primar- und Sportlehrerin sowie Autorin verschiedener Beiträge zur Kindererziehung, Herrenschwanden BE

Die Bedeutung der Erziehung und Förderung von Kindern

Auf die grosse Bedeutung der Kindererziehung wird zu Unrecht viel zu wenig eingegangen. Vielmehr wird in den Medien den grossen Wortführern Gehör geschenkt. Einerseits den Ideologen, die unter dem Deckmantel der Chancengleichheit eine Gleichmacherei aller Kinder anstreben. Sie wollen für die angebliche Integration sämtliche Kinder in Regelklassen, was sich heute schon als Nivellierung nach unten auswirkt. Andererseits will die Wirtschaftslobby, dass alle Eltern in den Arbeitsprozess eingespannt werden. Sie vertreten die irriige Meinung, dass Kinder möglichst früh die Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen und den Gebrauch des Computers lernen sollten und damit auf die Arbeitswelt vorbereitet würden. Was dabei fehlt, ist die Berücksichtigung der Freiheit der Eltern. Kinder sind kein Staatseigentum und Eltern sollen die Verantwortung und Freiheit haben, ihre Kinder zu erziehen. Eine obligatorische Früheinschulung entspringt einer zutiefst unfreiheitlichen und unliberalen Grundhaltung.

Beide Forderungen sind verwerflich, denn sie berücksichtigen vor allem die Interessen der Erwachsenen und zielen an den Bedürfnissen und den entwicklungsbedingten Begebenheiten der Vorschulkinder vorbei.

In den ersten sieben Lebensjahren braucht das Kind viel Zeit für sich. Es muss sein Selbstbewusstsein und sein Selbstvertrauen aufbauen. Dabei braucht es engen Kontakt zu den Eltern, welche auch die Erziehungsverantwortung tragen.

Deshalb ist die Einschulung der Kinder mit sieben Jahren nicht willkürlich gewählt. Reifetests belegen, dass dies für die Mehrheit der Kinder das ideale Einschulungsalter ist. Auch im vielge-



priesenen Finnland wird mit sieben Jahren eingeschult.

Da die Hirnentwicklung durch vielseitige Bewegungs- und Sinneserfahrungen gefördert werden kann, muss das Kind vor allem im Freien, in der Natur, klettern, balancieren und mit seinen Händen kreativ tätig sein können. Durch das «Greifen» kommt das Kind zum «Begreifen» und zum «Begriff». Dabei können die Eltern ihre Kinder am besten unterstützen. Denn in einer Kindergruppe ist es nicht möglich, jedes auf einem Mäuerchen balancieren, auf ein Gerüst klettern oder im Wasser die ersten Wassergewöhnungsübungen ausprobieren zu lassen. Hier braucht es individuelle Betreuung, wie sie nur die Eltern bieten können.

Das Wichtigste in der Vorschulzeit ist die Sprachentwicklung. Dass das Kind in einer Kindergruppe am schnellsten eine Sprache lernen würde, ist falsch. Denn auch Eltern ohne höhere Schulbildung können sich Zeit nehmen, um jeden Tag hunderte von Fragen ihres Kindes zu beantworten und damit ihr Kind optimal zu fördern und zu fordern. Dies belegen Untersuchungen an Rekrutenschulen durch Prof. Girod, Genf. Lassen wir den Kindern diese

Zeit der Ich-Findung, die später nie mehr nachgeholt werden kann. Sie gehört zu der gesunden Reifung und Entwicklung des Menschen. Erst wenn diese Entwicklungsphase abgeschlossen ist, kommt die Zeit der Sozialisation.

Müssen sich Kinder zu früh in eine Gruppe einfügen, entwickelt sich das Kind schon im Vorschulalter entweder zum Duckmäuser oder zum Ellbogentyp. Erst wenn das Kind sein Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl aufgebaut hat, kann es sich je nach Situation in die Gruppe einbringen oder seine Bedürfnisse einmal zurückstellen und auch den anderen zuhören. Diese Sozialisation ist ein langwieriger Prozess und kann im Rollenspiel und anhand von Bilderbuchgeschichten spielerisch, kindgerecht entwickelt werden. Auch die Behauptung, eine obligatorische Früheinschulung führe zu besseren Leistungen, z. Bsp. in der Pisa-Studie, kann widerlegt werden: Die besten der in der Pisa-Studie getesteten Kinder stammten aus dem deutschsprachigen Kanton Freiburg. Im Kanton Freiburg besuchen aber nur gerade 19% der Kinder einen zweijährigen Kindergarten. Die Kinder des Kantons Tessin hingegen gehen alle zwei Jahre lang in den Kindergarten und schlossen die Pisa-Tests mit den schlechtesten Ergebnissen ab. Deshalb müssen die Eltern ermutigt werden, ihre Kinder in der Vorschulzeit selber zu betreuen. Es darf nicht sein, dass den Eltern durch einen obligatorischen Kindergarten, eine Basis- oder Grundschulstufe ab vier Jahren der Einfluss und die Erziehungsverantwortung für die wohl wichtigste und schönste Entwicklungsphase des Kindes entzogen wird. Was gibt es Beglückenderes, als das Kind auf seiner spannenden Entdeckungsreise zu seinem eigenen Ich und seinen verborge-

nen Fähigkeiten begleiten zu können?

Vorschulkinder brauchen auch Geborgenheit, Zuwendung und Körperkontakt. So erlebte ich, dass Fünfjährige beim Bilderbucherzählen ganz nah bei mir oder noch besser auf meinen Knien sitzen wollten, was ich ihnen wegen der grossen Kindergruppe verwehren musste. Eigentlich wäre aber in diesem Alter «Kuschelpädagogik» angebracht. Dies ist auch ein wichtiges Argument gegen eine Früheinschulung.

Eine Studie von Isopublic, welche von der Schweizer Illustrierten in Auftrag gegeben wurde, zeigte übrigens, dass über 70% der befragten Eltern ihre Kinder nicht in eine familienexterne Kinderbetreuung geben wollen. Auch erwies sich in der Befragung, dass diese Kinder, aber auch ihre Eltern, gesünder und glücklicher sind. Die Erziehungsverantwortung muss also bei den Eltern liegen. Es kann auch aufgezeigt werden, dass die eigene Kinderbetreuung durchaus auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringt. Anstatt Krippen vom Staate finanzieren zu lassen, sollte dieses Geld pro Kopf der Kinder verteilt werden bzw. solche Eltern sind steuerlich zu entlasten. Private und Gemeinden sollten je nach Bedürfnis Krippen führen, welche die Eltern selber berappen. Es darf nicht sein, dass in der Schweiz Eltern diskriminiert werden, weil sie ihre Kinder zuhause betreuen. Kinderärzte stellen übrigens bei Kindern, welche sich immer dem Rhythmus der Erwachsenen, z. Bsp. Blockzeiten, anpassen müssen, Krankheiten wie bei unter Stress stehenden Erwachsenen fest: Schlafstörungen, Magenschmerzen, depressive Verstimmungen, Kopfschmerzen ... Kinder brauchen viel Zeit und Ruhe, um sich zu finden im Spiel, im Entdecken der Welt mit Kopf, Herz und Hand.

Guido Luternauer, Kantonsrat SVP, Schenkon LU

HarmoS entmündigt Eltern und Kinder – Erfahrungsbericht aus dem Kanton Luzern

Am 21. Mai 2006 sagten Volk und Stände mit überwältigendem Mehr Ja zum neuen Bildungsartikel. Die Vorlage war völlig unbestritten und deshalb war die Stimmbeteiligung mit nur gerade 27 Prozent sehr tief.

Leider aber wurde dem Stimmvolk einmal mehr nur die halbe Wahrheit gesagt, denn bereits im Februar 2006 beschloss die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), gestützt auf den neuen Bildungsartikel, das Schuleintrittsalter auf 4 Jahre zu senken, flächendeckend schulergänzende Betreuungsangebote einzuführen und neu 11 statt wie bis anhin 9 Schuljahre als obligatorisch zu erklären. Darüber aber war kein Sterbenswörtchen im Abstimmungsbüchlein zu lesen, Bundesrat und Kantonsregierungen schwiegen zu diesen Neuerungen.

Im Nachhinein betrachtet muss man sagen, dass Bundesrat und Kantonsregierungen beim Stimmvolk einen Blankoscheck abholen wollten. Wäre damals über die wahren Pläne und Ziele dieses Bildungsartikels orientiert worden, hätten Volk und Stände höchstwahrscheinlich Nein gesagt. Dies zeigt allein die Tatsache, dass in allen Kantonen, in denen das Referendum ergriffen wurde, innert Rekordzeit ein Mehrfaches der benötigten Unterschriften zusammenkam. Im Kanton Luzern unterschrieben 14 239 Stimmberechtigte das Referendum gegen die HarmoS-Vorlage, nötig gewesen wären 3000 Unterschriften.

Einige Punkte von HarmoS sind unbestritten; so sollen pro Sprachregion einheitliche Lernziele definiert und die Lehrmittel angeglichen werden. Im Weiteren sollen die Übertrittsverfahren gesamtschweizerisch geregelt werden. Das ist zu begrüs-



sen, vor allem da bereits das Schulkonkordat von 1970 diese Harmonisierung empfahl. Aber eben, das Fuder wurde überladen mit folgenden Punkten:

Alle Gemeinden müssen in Zukunft bedarfsgerechte (was immer das heissen mag) ausser-schulische Betreuungsangebote anbieten, und zwar von 7.30 bis 18 Uhr, inklusive Mittwochnachmittag. Was in vielen Gemeinden bereits heute auf private Initiative hin bestens funktioniert, soll künftig staatlich verordnet werden. Dies wird gewaltige Investitionskosten zur Folge haben für Schulküchen, zusätzliche Gruppenräume, Wickelzimmer, Schülertransporte usw. Als einzige Kantone haben Aargau und Solothurn die Mehrkosten infolge von HarmoS berechnet. Der Kanton Aargau rechnet mit jährlichen Mehrkosten von 100 Mio. Franken, Solothurn mit jährlich wiederkehrenden Kosten von rund 40

Mio. Dies unter Berücksichtigung der derzeit sinkenden Schülerzahlen. Also dürften die jährlichen Kosten im Kanton Luzern mit 65 bis 70 Millionen zu Buche schlagen. Nach heutigem Verteiler zahlt der Kanton ein Viertel, die Gemeinden drei Viertel der Volksschule. Hier kommt ein gewaltiger Kostenschub auf die Gemeinden zu.

Der wichtigste Punkt aber, warum das Referendum ergriffen werden musste, ist, dass in Zukunft die Kinder mit 4 Jahren eingeschult werden sollen. Berücksichtigt man, dass der Kindergarten abgeschafft wird zugunsten einer Basisstufe oder Grundschule, erfolgt die Einschulung gar 21 Monate früher. Vom ersten Tag an wird in Blockzeiten unterrichtet, also müssen in Zukunft die 4-Jährigen spätestens um halb sieben Uhr früh aus dem Bett gezerrt und in den Morgenverkehr hinausgeschickt werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet haben offenbar die Befürworter von HarmoS ihre eigene Kindheit vergessen.

Werbung

cockpitKMU®

- Erfolg ist machbar
- Für Praktiker
- 30 gratis Downloads

www.cockpitKMU.ch
reinschauen lohnt sich!

Es gibt noch weitere Punkte dieses Konkordats, die einer vertieften Diskussion bedürfen. So werden nach Art. 4 die Kantone verpflichtet, für Kinder mit Migrationshintergrund Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur zu organisieren und somit zu bezahlen. Im Weiteren bekommt jedes Kind bei der Einschulung ein sogenanntes Portfolio, eine schriftliche «Laufbahnbegleitung» oder ganz einfach: eine Fiche!

Alle diese Neuerungen sowie auch der Beschluss der Kantonsregierungen, die Sonderklassen aufzuheben und die Sonderschüler in die Regelklassen zu integrieren, müssen breit diskutiert werden – und, wenn nötig, soll das Stimmvolk das letzte Wort behalten.

Darum braucht es in möglichst vielen Kantonen ein kräftiges Nein zu HarmoS und danach eine vertiefte Diskussion über Sinn und Unsinn interkantonalen Verträge.

www.immosurf.ch

das Schweizer
Immobilienportal

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

Bildungsresolution der SVP Schweiz, verabschiedet am Sonderparteitag in Sursee am 23. August 2008

In der Überzeugung,

- dass ohne Erziehung und Wertevermittlung ein gesellschaftliches Zusammenleben unmöglich wird,
- dass eine gute Allgemeinbildung die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche, kulturelle und geistige Zukunft unseres Landes ist,
- dass Lernen und Leisten dem Einzelnen Befriedigung und der Allgemeinheit Wohlstand bringen,

beauftragten die Teilnehmer des Sonderparteitages vom 23. August 2008 in Sursee die Parteileitung der SVP Schweiz mit der Ausarbeitung eines umfassenden Bildungspapiers. Dieses basiert auf den folgenden **neun Grundsätzen**:

1. Erziehung ist Aufgabe der Eltern – Ausbildung ist Sache der Schule

Der Staat greift nur in die elterliche Erziehung ein, wenn die Eltern aus nicht beeinflussbaren höheren Umständen oder aufgrund mangelnden Willens ihren Erziehungsauftrag nicht wahrnehmen.

2. Die Erziehungs- und Bildungstheorien der 68er haben versagt

Das Reformdurcheinander ist zu beenden. Die Volksschule muss zur Ruhe kommen und wieder auf das Fundament der bewährten Werte gestellt werden.

3. Steuerabzüge für Familien, die ihre Kinder selber erziehen

Die Kinder sind möglichst lange in der Obhut der Familie zu belassen. Statt generell staatliche Tagesstrukturen zu fördern, gilt es, die Erziehung in der Familie durch Steuerabzüge zu begünstigen.

4. Lehrer tragen Ausbildungsverantwortung

Lehrer müssen durch ihre Ausbildung in der Lage sein, einer Schulklasse vorzustehen und die Verantwortung für die Ausbildung ihrer Schüler zu

übernehmen. Diese Verantwortung soll nicht durch Therapeuten beschnitten werden. An den Primarschulen soll der Unterricht nach dem Klassenlehrersystem organisiert sein.

5. Disziplin und Ordnung als Basis des Lernerfolgs

Um im Klassenzimmer und auf dem Schulgelände Disziplin und Ordnung aufrechtzuerhalten, müssen die Lehrkräfte und Schulbehörden wirkungsvolle Sanktionsmöglichkeiten haben. Die Palette möglicher Sanktionen reicht vom Wegweisungsrecht für das Schulareal bis hin zur Überstellung in polizeiliche Ordnungsgewalt.

6. Lernziele setzen und Lernerfolg messen

Schulen sind leistungsorientiert zu führen. Für die Kernfächer sind verbindliche Lernziele vorzugeben. Die Leistungen der Schüler werden benotet. Am Schluss der Primarschule findet eine Prüfung statt, um den Übertritt in die geeignete Oberstufenabteilung festzulegen.

7. Kenntnisse der jeweiligen Landessprache sind unabdingbar

Schüler, die mangels Sprachkenntnissen dem Unterricht nicht zu folgen vermögen, sind ausserhalb der Klasse in der entsprechenden schweizerischen Landessprache zu unterrichten. Dieser Unterricht ist von den Eltern finanziell mitzutragen.

8. Nein zum integralen Unterricht

Kinder mit schwerwiegenden Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten sind in speziellen Klassen von besonders ausgebildeten Fachkräften zu unterrichten (Sonderklassen). Schwächere Schüler erhalten ausserhalb des Klassenunterrichts Stützunterricht.

9. Lehrmittel auf Lernziele ausrichten

Die Lehrmittel dienen dem Erreichen der Lernziele. Sie sind zielgerichtet und weder auf Zeitvertreib noch auf politische Indoktrination angelegt. Für besonders begabte Schüler stehen weitergehende Lehrmittel zur Verfügung.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Schulzwang für 4-Jährige?



Einheitsschule HarmoS

harmos-ist-nicht-harmlos.ch

Nein

Überparteiliches Komitee gegen HarmoS

Nationalrat Oskar Freysinger, Savièse VS

HarmoS ist nicht harmlos

In den Debatten, die ich bisher gegen HarmoS-Befürworter führte, wurde immer herausgestrichen, dass es sich nur um eine kleine Anpassung handle. Nun aber hat die Erziehungsdirektorin des Kantons Waadt in der Westschweizer Presse endlich die Katze aus dem Sack gelassen, indem sie offenherzig verkündete, HarmoS beeinflusse und ändere die anstehende Schulreform ihres Kantons tiefgreifend.

Nun denn, das sage ich doch seit dem verlorenen Kampf gegen den Bildungsartikel und HarmoS fortwährend: Diese Reform ist alles andere als reine Kosmetik. Im Gegenteil, durch sie werden die Weichen für die Verstaatlichung der familiären Sphäre gestellt.

Zuerst ist nicht einzusehen, wieso ausgerechnet die sich selber als «liberal» kennzeichnenden Kräfte ein fixes Einschulungsalter für alle Kinder festlegen wollen. Liberaler wäre es, eine Spanne zwischen vier und sechs Jahren offen zu lassen, damit die Eltern je nach Entwicklung ihres Kindes frei über seine Einschulungsreife entscheiden können. Wer mit vier will, soll das können. Wem es später besser scheint, der soll auch frei sein, dies zu tun. Nur das ist



wirklich liberal und entspricht dem Prinzip der Selbstverantwortung.

Dann werden plötzlich Mindeststandards festgelegt, die alle Kantone erreichen sollen. So weit, so recht.

Was aber, wenn ein Kanton, dessen Schulqualität noch gut ist, mehr machen möchte? Das sei kein Problem, antworten die Befürworter, denn es bleibe jedem Kanton eine gewisse Freiheit und HarmoS mische sich nicht in die Methodik ein. Wie kommt es dann aber, dass auch die pädagogischen Lehrmittel (nach HarmoS) harmonisiert werden sollen? Die sind doch wohl gezwungenermassen auf die Mindeststandards abgestimmt? Mit welchen Mitteln soll dann der einzelne Lehrer mehr machen als das strikte Minimum?

«Jeder soll die Schulstufen in seinem Rhythmus durchlaufen», heisst es anderswo. Was bedeutet das in Hinsicht auf Leistung und Noten? Wird einfach jeder mehr schlecht als recht mitgezogen und endet dann,

wenn er genügend Jahre absolviert hat, auch irgendwie beim Diplom?

Und dann ist da noch die unsinnige Forderung, Deutschschweizer Schüler, die in der 5. mit Englisch und in der 7. mit Französisch angefangen haben, müssten in beiden Sprachen das gleiche Niveau erreichen. Da lachen ja die Hühner! So etwas bringt selbst der erfahrenste Pädagoge nicht zustande.

Last, but not least wird mit HarmoS eine Entscheidungszwischenstufe eingeschaltet, die der direktdemokratischen Kontrolle entgeht. Die EDK ist weder vom Bund noch von den Kantonen legitimiert, diejenigen Entscheidungen zu fällen, die den Parlamenten auf beiden Ebenen obliegen. Hier wird ein bürokratisches Monster entworfen, das sehr schnell eine Eigendynamik entwickeln und die Schule zwecks Selbstbestätigung noch weiter bis zum absoluten Qualitätsverlust reformieren wird.

Wer's nicht glaubt, der stelle sich mal die Frage, ob eine einzige der vielen Schulreformen der letzten zwanzig Jahre das Niveau gehoben hat. Nun? Da bleibt wohl nichts hinzuzufügen!

Also weg mit HarmoS, damit die direkt Betroffenen, ganz besonders die Eltern, die Erziehungsmacht nicht völlig aus den Händen verlieren.

SVP-KERNTHEMEN

Auszüge aus dem Sonntagsgespräch vom 24. August 2008 mit alt Bundesrat Christoph Blocher

Die vier Kernthemen der SVP

Welches sind die vier Kernthemen der SVP?

Blocher: Das erste Thema ist die stark gefährdete Unabhängigkeit der Schweiz – also der drohende Anschluss an die EU und die Nato. Das zweite ist die Sicherheit unseres

Landes und insbesondere die Ausrichtung der Armee. Das dritte betrifft die schweizerischen Institutionen, die Politiker immer mehr zu eigennützigen Zwecken missbrauchen. Und das vierte ist die Ordnungspolitik des Staates als Grundlage einer florierenden Wirtschaft und unserer Ar-

beitsplätze. Hier geht es vor allem um den Kampf gegen die steigende Einnahmenflut des Staates, also gegen die Schröpfung der Bürger.

Sie betonen, die Schweiz müsse ihren Institutionen Sorge tragen.

Gerade Ihnen war immer wieder vorgeworfen worden, sie herunterreissen zu wollen.

Die Politiker, die in diesen Institutionen sitzen, setzen sich selber mit der Institution gleich. Das ist Grössenwahn! Darum verunglimpfen sie die

Kritiker ihrer Person als Staatsfeinde. Die schweizerischen Institutionen wären schon in Ordnung. Oft aber das Personal darin nicht.

Welches Verhalten kritisieren Sie denn?

Nehmen Sie beispielsweise die Bundesanwaltschaft: Sie hat grosse Möglichkeiten, in die persönliche Freiheit der Bürger einzugreifen. Bundesanwälte können Leute in Untersuchungshaft nehmen, Existenzen zerstören. Sie können Telefonüberwachungen anordnen, Hausdurchsuchungen vornehmen usw. Aber die Bundesanwaltschaft hat durch Doppelunterstellungen kaum eine funktionierende Aufsicht. Das ist gefährlich. Leider sind die Bestrebungen, das alles zu verbessern, wieder versandet. Dabei geht es um den Rechtsstaat und um den Schutz der Bürger vor staatlicher Willkür.

Und wie gehen Sie vor?

Es gilt zu orientieren, zu thematisieren. Am 5. September etwa jährt sich der unglaubliche Vorgang, dass Parlamentarier der Geschäftsprüfungskommission (GPK) mit der Bundesanwaltschaft versuchten, mit erfundenen Behauptungen den Justizminister aus dem Amt zu drängen. Vor kurzem wurde ein vertrauliches Protokoll veröffentlicht, das festhält, wie das gelaufen ist. Damit ist belegt: Der ehemalige Bundesanwalt ad interim, Michel-André Fels, und der Staatsanwalt des Bundes, Alberto Fabbri, haben der Geschäftsprüfungskommission irgendwelche belanglose Unterlagen als Komplottpläne präsentiert. Von GPK-Mitgliedern und den Staatsanwälten wurde eine strafbare Handlung des Justizministers konstruiert. Dadurch sollte ein Bundesrat in Bedrängnis und schliesslich zum Sturz gebracht werden. Das ist schwerster Amtsmissbrauch. Hätte Nationalrat Mörgeli nicht durch einen glücklichen Zufall einen Tag später die Wahrheit sofort belegen können, wäre dieser Putschversuch gelungen. Das darf es doch im Rechtsstaat Schweiz nicht geben. Die Hüter dieses Rechtsstaates haben ihre Stellung ins Gegenteil verkehrt. Sie beschädigen die guten Institutionen. Das



muss zivil- und strafrechtliche Folgen haben.

Ein zweites Themenfeld, das Sie definierten, sind Steuern und Gebühren.

Es künden sich schlechtere wirtschaftliche Zeiten an. Da wollen wir die Leute von staatlichen Abgaben entlasten. So können die Bürger allgemein und insbesondere Unternehmen und Gewerbetreibende investieren. Aber genau das Gegenteil geschieht: Parlament und Bundesrat wollen die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent erhöhen, statt diese zu senken. Das zahlen die Bürger und die Wirtschaft. Mehrwertsteuer-Erhöhungen hat die SVP zu bekämpfen und sich für Steuersenkungen einzusetzen. Aber das Kampffeld ist auszudehnen: Weil Steuererhöhungen in der Regel der Volksabstimmung unterliegen, weichen Bund, Kantone und Gemeinden auf die Gebühren aus. Diese Gebührenflut bedeutet namentlich für kleinere Betriebe eine grosse Belastung. Die SVP fordert deshalb, dass auf allen drei Ebenen für jede einzelne Gebühr und nicht nur generell eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird.

Sie beschäftigen sich mit der Kaukasus-Frage. Welche Folgen ziehen Sie?

Auch das offizielle Bern muss endlich Abschied nehmen von den Illusionen der Neunzigerjahre, wonach Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen praktisch unmöglich seien. Diese Idee prägte seit längerem die verfehlte Sicherheitspolitik der Schweiz. Heute führen wieder Staaten Krieg

gegen Staaten: die USA gegen den Irak, die Nato in Afghanistan, die Russen und Georgier im Kaukasus. Es besteht die Gefahr, dass der Kalte Krieg wieder ausbricht: Im Kaukasus sieht sich der Westen wieder Russland gegenüber, und die USA errichten unter Protest Russlands Raketenbasen in Polen. Was wäre geschehen, wenn die USA Georgien im Kaukasus militärisch geholfen hätten?

Es wäre zu einer Weltkrise gekommen.

Eben. In Krisen sind auch wir immer indirekt betroffen, vielleicht sogar direkt. Das zeigt eines: Der jahrhundertalte Grundsatz der dauernd bewaffneten Neutralität, den man in Bern zum Teil offen – aber noch mehr verdeckt – missachtet, ist hochaktuell. Die Realpolitik muss endlich wieder berücksichtigt werden.

Sie denken also, die Armee ist falsch ausgerichtet?

Eindeutig. Die führenden Leute im VBS wollen in die Nato und handeln auch so. Sie arbeiten auf eine Berufsarmee hin, ohne es zu sagen. Die dauernd bewaffnete Neutralität wird weder in der Aussen- noch in der Sicherheitspolitik ernst genommen. Die Armee ist zurzeit schlecht geführt. Für gefährliche Fälle ist sie nicht einsatzfähig: Die Führung hat den Kopf nicht mehr bei der Verteidigung des eigenen Landes.

Weshalb sollte sie das?

Weil die Bedrohung stets eine Realität ist. Die Hauptgefahr besteht heute in chaotischen Kriegen, die von aussen ins Land getragen werden. Terrorismus und organisierte Kriminalität, ethnische Konflikte, importierte Bürgerkriege, wilde Abrechnungen gegen unnötige Parteinahmen. Es geht nicht mehr um die gleiche Bedrohung wie zur Zeit des Kalten Krieges. Man ist in einer schwierigeren, unberechenbaren Situation.

Woran denken Sie?

Zum Beispiel an einen Bürgerkrieg zweier Volksgruppen, dessen Hass-

potenzial sich auf die Schweiz ausdehnen könnte. Man muss realistisch bleiben: Die Konfliktursachen der Welt von morgen werden nach wie vor mit nationalen Interessen, nationaler Expansion zusammenhängen, mit Macht, Geld, Kommerz, Terrorismus, Öl, Wasser, Geschichte, mit Freiheits- und Selbstbestimmungsdrang von Minderheiten, mit religiösen und politischen Ideologien, mit Machtstreben von Politikern. Die neutrale Schweiz tut gut daran, nicht zum Spielball anderer zu verkommen, alles zu tun, um gewappnet zu sein.

Hier skizzieren Sie neue Wege?

Die grosse Aufgabe der SVP ist es nun, für die dauerhafte bewaffnete Neutralität und die Unabhängigkeit des Landes einzutreten. Das muss die Grundlage sein. Die Ausrichtung der Armee stimmt im Gesamten nicht mehr. Sie braucht einen Innovationsschub: eine kleine, professionelle Truppe gegen den Informationskrieg, die man mit Spezialisten der Miliz verstärken kann. Für «primitive» Gewaltanwendungen braucht sie eine gut ausgebildete und bestandesstarke Truppe. Hier ist die Milizarmee das Richtige. Dazu braucht es eine gute Führung.

Weshalb die SVP Samuel Schmid weghaben will?

Das ist zu kurz gegriffen: Die Armee ist im Verteidigungsfall nicht einsatzfähig. Dafür ist Herr Schmid verantwortlich. Das zeigt sich schon in alltäglichen Dingen. Das Material ist nicht in Ordnung, die Leute werden falsch aufgebildet usw. Wo es im Kleinen hapert, stimmt es auch im Grossen nicht. Die Führung ist zu verbessern, die Konzeption ist zu ändern.

Werbung

**www.
wahl-plakate
.ch**

Nationalrat Caspar Baader, Fraktionspräsident, Gelterkinden BL

Stopp dem Chaos in der Schweizer Armee

Unsere Armee ist in besorgniserregendem Zustand. Sie ist faktisch handlungsunfähig und orientierungslos. Die Vorkommnisse um den zurückgetretenen Armeechef sind dabei lediglich die Spitze eines Eisbergs. Die SVP will eine starke, gesunde und einsatzfähige Armee mit klaren Strukturen und einer Führung, die diesen Namen verdient.

Die Misstände im VBS haben lange vor der Ernennung von Roland Nef zum Armeechef begonnen. Mit Nefs Rücktritt ist die Krise im VBS keineswegs beendet. Die eigentliche Krise, die Führungsschwäche von Bundesrat Schmid, besteht schon seit Jahren und akzentuiert sich immer stärker. Das politische Gespür der VBS-Führung ist so sehr gesunken, dass heute praktisch keine mehrheitsfähigen Lösungen mehr vom Departement präsentiert werden. Nach der Affäre Nef reduziert sich die Unterstützung des Departementschefs im Parlament nur noch auf parteipolitisches Kalkül. Es fragt sich, wie lange SP, CVP und FDP noch die Augen vor dem wirklichen Problem im VBS verschliessen, indem sie Bundesrat Schmid stützen, um der SVP den Weg in die Regierung zu verwehren. Es ist offensichtlich: Die Probleme im Verteidigungsdepartement kommen von ganz oben und müssen zuerst auch dort behoben werden.

Wie die Sicherheitspolitische Kommission empfiehlt auch die SVP der Geschäftsprüfungskommission dringend eine Untersuchung der chaotischen Zustände im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Diese Untersuchung darf sich nicht auf die Affäre Nef bzw. die Auswahl der höchsten Armeekader beschränken, sondern hat die Führung des VBS als Gesamtes zu untersuchen.

Auch die SVP wird Konsequenzen aus der Krise VBS/Schmid ziehen. Gerade weil wir eine starke und glaubwürdige Schweizer Armee wollen, können wir eine solche Führungs- und Orientierungslosigkeit nicht länger dulden oder gar finanziell unterstützen. Die SVP ist nicht mehr bereit, diese Zustände mit neuen Krediten aufrechtzuerhalten.



Es braucht einen Neuanfang unter einer neuen Führung. Solange dies nicht passiert, ist es nicht zu verantworten, dem VBS zusätzliche finanzielle Mittel zu geben. Aus diesem Grund wird die Parteileitung der SVP der Fraktion folgende Vorgehensweise beantragen:

- **Die SVP will die Sistierung der Beratung aller Rüstungskredite und Kredite für militärische Bauten, solange Bundesrat Schmid Vorsteher des VBS ist und die dortigen Misstände**

nicht behoben sind. Sollte die Sistierung scheitern, prüft die SVP die Ablehnung aller Kredite.

- **Werden die Misstände im VBS nicht behoben und bleibt Bundesrat Schmid Vorsteher des VBS, wird die SVP beantragen, im Budget alle Armeeaussgaben zu streichen, die nicht unabdingbar für den in der Verfassung festgeschriebenen Vertei-**

digungsauftrag sind (Bsp. Auslandseinsätze, subsidiäre Einsätze im Inland, unnötige PR-Videos, Heer von 60 Kommunikationsbeauftragten).

- **Da Bundesrat Schmid die Führung im VBS ungenügend wahrnimmt und sich das VBS daher in einem katastrophalen Zustand befindet, wäre der Rücktritt von Bundesrat Schmid das Beste für die Schweiz. Die SVP wird Bundesrat Schmid daher konsequenterweise nicht in das Amt des Bundesvizepräsidenten wählen.**

Werbung




Immobilienverkauf ist Vertrauenssache.

Spielen sie mit dem Gedanken Ihre Liegenschaft zu verkaufen? Wir erledigen für Sie den Haus- oder Wohnungsverkauf von A – Z. Profitieren Sie von unserem einmaligen Netzwerk und von einem **gewinnbringenden Verkauf** Ihrer Liegenschaft.



**Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 043 817 17 11
luki.sutter@remax.net**

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

Was läuft schief in unserer Armee?

Die Angehörigen der Schweizer Armee wissen heute kaum noch, was die übergeordneten Aufträge sind und für was sie eigentlich üben. Dies führt zu Langeweile und tödlichen «Team-Building»-Anlässen wie dem Jungfrau-Drama oder der verhängnisvollen Bootsfahrt auf der Kander. Doch anstatt die junge Generation mit einem klaren Auftrag für den Militärdienst zu motivieren, spricht man diese lieber mit unrealistischen Action-Filmen à la Rambo an. Das falsche Bild, welches damit bei den jungen Leuten generiert wird, führt unweigerlich zu Frustrationen beim stark davon abweichenden militärischen Alltag. Was läuft schief in unserer Armee?

Einige konkrete Beispiele:

- Die zunehmenden **subsidiären Einsätze** an Sportanlässen oder Volksfesten sind geprägt von Leerläufen und Langeweile. Die amerikanische Botschaft hat sich beim VBS mehrmals beklagt über undiszipliniertes Verhalten von Angehörigen der Schweizer Armee bei der Botschaftsüberwachung.
- Konzeption und Umsetzung der **Armee XXI** sind untauglich. Sie ist ineffizient, chaotisch, überfordert und übersteuert. Die **Trennung von Ausbildung und Führung** erweist sich als verheerend. Die Kader werden zu früh von den Rekrutenschulen abgezogen, statt dass sie die Truppenführung unter Aufsicht erlernen. Es mangelt an Instruktoren, was jedoch vom VBS verschwiegen wird. Die mangelnde Kaderausbildung führt vermehrt zu Fehlleistungen und Unfällen.
- Der **Entwicklungsschritt 08/11** ist eine weitere Reform und führt bei der Miliz zu **grossen Frustrationen**. Brigaden werden aufgelöst, die für die Zukunft ausgebildet waren. Diese Neustrukturierung führt zu entsprechenden schwerwiegenden Konsequenzen im personalen Bereich.
- Die Entwicklungen im VBS sind teilweise **verfassungswidrig**: Die hohe Untauglichkeitsrate widerspricht dem verfassungsmässigen Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Beim Status der «Durchdiener» und bei der Besetzung höherer Kommandostellen wird das Milizprinzip ausgehebelt.
- Im **Personalwesen** herrscht eine beispiellose Unordnung. Von einer einzigen Personalzentrale in Bern erhalten Kommandanten – statt der früher eingespielten Teams – ihnen völlig unbekannte Offiziere und Soldaten zugeteilt. Auch die Personalplanung wichtigster Führungspositionen ist vom Zufall geprägt, mussten diese doch oft übereilt und im Hauruckverfahren besetzt werden.
- Die **Rüstungsbeschaffungen** orientierten sich in den letzten Jahren nicht mehr ausschliesslich an den Bedürfnissen der Armee, sondern an denen der bundeseigenen Rüstungsunternehmung RUAG. Entweder wurden an diese direkt Aufträge zu übersteuerten Preisen vergeben oder es wurde versucht, durch Auftragsvergabe Partnerschaften für den Staatsbetrieb zu erwirken. Ebenfalls wurden in den letzten Jahren zivile Aufträge von ausländischen Partnerunternehmen mit Schweizer Rüstungsgeldern quersubventioniert.
- Die **Zentralisation der Zeughäuser** birgt erhebliches Gefahrenpotential; so werden beispielsweise alle gebrauchten Panzer in Thun geparkt. Ein Angreifer kann unsere Armee mit wenigen gezielten Anschlägen handlungsunfähig machen. Der massive **Umbau der Armeelogistik** führte zum Chaos bei Kontrolle, Wartung und Reparatur des Materials. Die materiellen Mängel sind so gravierend, dass die Armee im Falle einer überraschenden Krise ihren Auftrag nicht erfüllen könnte.
- Die **Bereitschaft der Luftwaffe** und ihrer Haupteinsatzmittel, der 33 FA-18 C/D, ist beunruhigend tief. Der Grund: Engpass bei Wartungsarbeiten bei der RUAG und Pilotenmangel.
- Betroffen von den auffallend vielen **vorzeitigen Rücktritten und Strafversetzungen** durch den Chef VBS waren neben Armeechef Nef Korpskommandant Knutti, Generalsekretär Juan Gut, Kommunikationschef Philippe Zahno, Korpskommandant Dousse, Korpskommandant Fellay, Divisionär Solenthaler, Divisionär Bläuenstein und Divisionär Zwyygart. Es ist daher undenkbar, dass der heutige Chef VBS nochmals einen Armeechef ernennen kann! Überzeugenden und fähigen Persönlichkeiten muss angesichts der politischen Führungslosigkeit des VBS dringend empfohlen werden, aus eigenem Interesse bis auf weiteres auf die Übernahme dieses Amtes unter diesem Departementsvorsteher zu verzichten.



Mein Zuhause – Unsere Schweiz

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht eine(n)

Generalsekretär/in (100%)

Ihr Profil:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium
- Sie haben bereits ein Team geführt
- Sinn für politische Entwicklungen
- Gute Französischkenntnisse, Italienisch von Vorteil
- Hohes Mass an Initiative, Leistungsbereitschaft und starke Belastbarkeit

Ihre Aufgaben:

- Führen des Generalsekretariats (Team von 13 Mitarbeitenden)
- Unterstützung der Bundeshaus-Fraktion und der kantonalen Parteisektionen der SVP
- Verantwortung für politische Stellungnahmen der Partei
- Konzipierung und Führung von Abstimmungskämpfen und Wahlen

Neben dieser Position ist auch eine Stelle als

Wissenschaftliche(r) Mitarbeiter/in (100%)

neu zu besetzen. Abgeschlossenes Hochschulstudium verlangt, vorzugsweise in Betriebs- oder Volkswirtschaft.

Ihre Aufgaben:

- Beratende Zusammenarbeit mit der SVP-Fraktion
- Erarbeitung von Positionspapieren und schriftlichen Stellungnahmen
- Verantwortung für Finanz- und Wirtschaftspolitik im Generalsekretariat

Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen bis spätestens am 12. September an folgende Adresse richten wollen:

Parteipräsident Toni Brunner, Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®

MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG

• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15

Telefon 044 869 10 75

Samstags auf tel. Anmeldung

www.raferfeld.com

bettwaren@raferfeld.com

Elektronische Verwaltung und Organisation von Orts- und Amparteien.

Zentrale Ablage, Internetzugriff,
Benachrichtigung, Versionierung,
flexibel, anpassbar, Office-Integration.

Dokumente, Termine, Pendenzen,
Vorstand, Sitzungen, Rapportierung...

<http://www.hurco.ch/Vereinsverwaltung.htm>

SMS-INFO- DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle
Schlagzeilen und brisante
Kurzinformationen der SVP
direkt auf Ihr Handy.

Melden Sie sich jetzt an
(CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service
anmelden:

Schicken Sie von Ihrem
Handy aus ein SMS mit
dem Text «SVP ON» an
die Zielnummer 939.



TRUN

INTEGRIERT

Microsoft®

Your potential. Our passion.™

ISOLIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch